

Andreas Ebert, Ernst Kistler

---

## Demographie und Demagogie Mythen und Fakten zur „demographischen Katastrophe“

Als Anfang November 2006 das Statistische Bundesamt die neue, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung vorstellte, war es wieder einmal so weit: Die Apokalyptiker und Dramatisierer hatten Konjunktur. „Deutschland altert dramatisch“ (*Frankfurter Rundschau*) oder „Deutsche Bevölkerung schrumpft und altert dramatisch“ (*Der Spiegel*), so die Presse fast unisono. Es ist schon verwunderlich und mit der historischen Vorbelastung des Faches nicht erklärbar: Fanden demographische Vorausschauern jahrzehntelang in der Öffentlichkeit und Politik kaum Beachtung, so überschlagen sich seit einigen Jahren die Medien (vom *Spiegel* bis zum *Stern*, von *GEO* bis zur unvermeidlichen Sabine Christiansen) bei jeder Meldung zum Thema Bevölkerungsentwicklung. Dabei wird überhaupt nicht mehr hinterfragt, wie gesichert die medial verbreiteten Prognosen und Modellrechnungen überhaupt sind. Die tatsächlichen oder auch nur angeblichen Konsequenzen des demographischen Wandels werden um so eher wahrgenommen, je negativer sie ausgemalt werden und je schräger argumentiert wird (vgl. z.B. Schirmacher 2004).

Ebenso allgegenwärtig sind Politiker, in deren Augen „demographische Zwänge“ unabweisbare Gründe für sogenannte Reformen darstellen. Ob Renten-, Kranken- oder Pflegeversicherung – das „Krisenszenario“ alternde Gesellschaft muss als Begründung für Leistungskürzungen, verschärfte Anspruchsvoraussetzungen und Privatisierungen herhalten. Dass die Ursachen der aktuellen Probleme der sozialen Sicherungssysteme in ganz anderen Faktoren zu suchen sind – unter anderem der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, den zunehmend fragmentierten Erwerbsbiographien sowie einer zu geringen Entwicklung der Lohnquote –, wird dadurch oft bewusst in den Hintergrund verschoben (vgl. dazu ausführlich Kistler 2006). In aller Kürze ist dazu anzumerken, dass – ein realistisches Produktivitätswachstum und den politischen Willen unterstellt – das Niveau der sozialen Sicherungssysteme auch zukünftig durchaus ohne Einschnitte aufrechtzuerhalten wäre.

Der vorliegende Beitrag versucht in zwei Schritten etwas mehr Licht in die Debatte zu bringen. In den ersten beiden Abschnitten wird die Aussagekraft und Methodik der demographischen Vorausberechnungen diskutiert – dies

nicht abstrakt, sondern unter gleichzeitiger Präsentation zentraler Annahmen und Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung und ihrer Vorgängerstudien. Im nachfolgenden zweiten Teil des Beitrages wird anhand einer der wichtigsten Arenen der Debatte um die Folgen des demographischen Wandels, dem Arbeitsmarkt, danach gefragt, wie realistisch die hierzu kursierenden Annahmen sind. Fraglich ist nämlich, ob uns wirklich eine „demographische Wende“ am Arbeitsmarkt bevorsteht, wie sie von den Arbeitgeberverbänden beschworen wird:

„Durch die demographische Entwicklung wird sich das aktuelle Überangebot an Arbeitskräften schon in absehbarer Zukunft ins Gegenteil verkehren. Das bedeutet: In den nächsten 15 Jahren werden immer weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen - Fachkräftemangel droht!“ (Rodensstock 2006: 1)

## 1. Ergebnisse neuerer Bevölkerungsvorausberechnungen

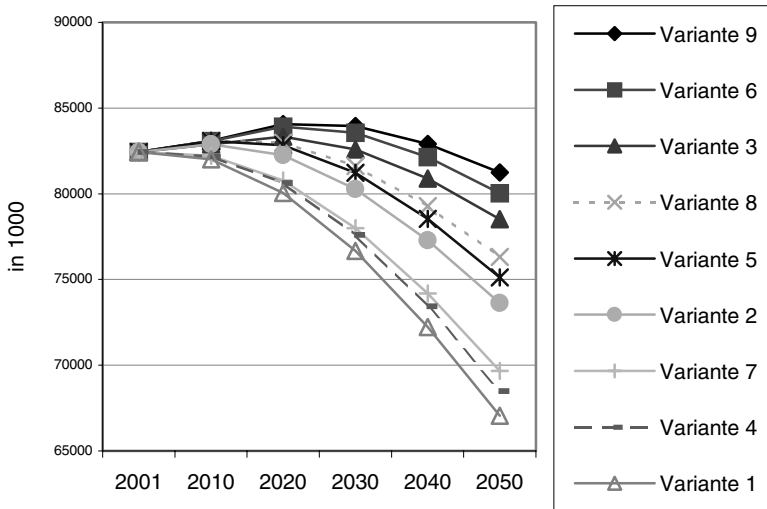
Die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2003 legte drei Annahmen zur Entwicklung der Lebenserwartung (geringe/mittlere/hohe Zunahme bis zum Jahr 2050) sowie drei Annahmen zum Wanderungsverhalten (langfristiger Durchschnitt der Nettozuwanderung von Ausländern: 100.000/200.000/300.000) zugrunde (vgl. auch die Übersicht in Darstellung 3). Aus der Kombination dieser Annahmen ergeben sich insgesamt neun Varianten, die sich hinsichtlich der zukünftigen Bevölkerungszahl als auch der errechneten Altersstruktur unterscheiden.

Von diesen Varianten hat sich die „mittlere“ Variante 5 als zwar nicht im statistischen Sinne „wahrscheinlichste“, aber doch plausibelste herausgestellt. Dieses Szenario hat sich bis heute weitgehend auch als „Planungsvariante“ durchgesetzt. Auf der Basis einer angenommenen Nettozuwanderung von 200.000 und einer mittleren Steigerung der Lebenserwartung errechnet sich laut Variante 5 für das Jahr 2050 eine Bevölkerungszahl von rund 75 Mio. Personen. Dabei würde nach diesem Szenario - für Gesamtdeutschland betrachtet - die Einwohnerzahl Deutschlands zunächst noch leicht ansteigen und erst nach 2020 die heutige Bevölkerungszahl unterschreiten (vgl. Darstellung 1).

Ausgehend von dieser mittleren Variante der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ist für Gesamtdeutschland bis etwa 2025 eine deutliche Zunahme der Bevölkerung im höheren Erwerbsalter zu erwarten (vgl. Darstellung 2). Nimmt man die Veränderung der Zahl der 55- bis 64-Jährigen als Maßzahl, so wird eine Zunahme um gut 30 Prozent gegenüber dem Jahr 2002 errechnet, wobei der Anstieg in Westdeutschland stärker ausfallen wird als in den neuen Bundesländern.

Bundesländer mit einem überdurchschnittlichen Anstieg in der Bevölkerungsgruppe der 55- bis 64-Jährigen sind Baden-Württemberg, Hamburg, Bayern und Brandenburg; in letzterem Fall wird die Alterung sogar noch etwas früher

Darstellung 1: Entwicklung der Einwohnerzahl Deutschlands bis 2050 nach den Ergebnissen der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes

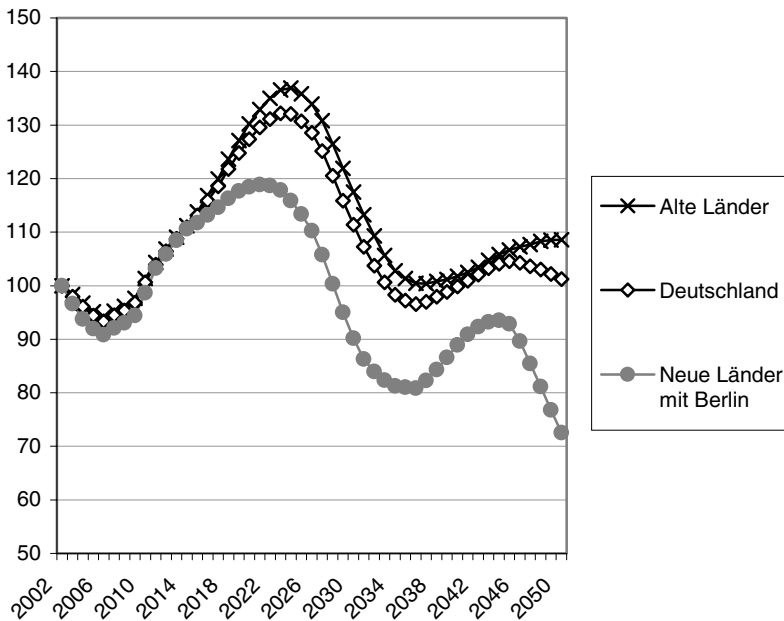


Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2003

(etwa um 2020) ihren Scheitelpunkt erreichen. Wie stark sich die Alterung der Bevölkerung im höheren Erwerbsalter auch innerhalb der Bundesländer auf kleinräumiger Ebene unterscheidet, sei hier nur beispielhaft verdeutlicht. Innerhalb Bayerns sticht besonders das Ergebnis für die Stadt München hervor: Dort wird (trotz Bevölkerungswachstums) die Zahl der Personen im höheren Erwerbsalter 2020 gleich hoch sein wie 2002. Ursache ist die starke Zuwanderung Jüngerer bei gleichzeitiger Abwanderung Älterer ins Umland. Entsprechend finden sich aber auch Kreise wie etwa der Landkreis Eichstätt oder der Landkreis Haßberge, in denen bis 2020 die Zahl der Älteren im Erwerbsalter um über 60 Prozent zunehmen wird.

Mit der im November 2006 der Öffentlichkeit vorgestellten 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wurden die Annahmen und Ergebnisse der vorausgehenden leicht verändert. Wie bei der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung resultiert die Berechnung der zukünftigen Bevölkerungszahl aus verschiedenen Annahmekombinationen von Lebenserwartung und Migration. Im Gegensatz zur 10. Vorausberechnung wurden allerdings zusätzlich Alternativszenarien zur Entwicklung der Geburtenhäufigkeit durchgerechnet. Die drei Annahmen zur Geburtenhäufigkeit ergeben in Kombination mit jeweils zwei Wanderungs- und Lebenserwartungsszenarien insgesamt 12 Varianten (vgl.

Darstellung 2: Entwicklung der Zahl der 55- bis unter 65-Jährigen  
(2002 = 100; Variante 5)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2003

die Übersicht in Darstellung 3). Hinzu kommen noch drei vom Statistischen Bundesamt explizit rein als Modellrechnung ausgewiesene „Extremszenarien“: ein ausgeglichener Wanderungssaldo, ein Wanderungssaldo von 300.000 p.a. sowie ein Anstieg der Geburtenhäufigkeit auf 2,1 Kinder je Frau. Als mittlere Szenarien weist das Statistische Bundesamt die Varianten 1-W1 (Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) sowie 1-W2 (Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) aus. Nach diesen Varianten wäre für das Jahr 2050 eine Bevölkerungszahl von 74 Mio. (V1-W2) bzw. 68,7 Mio. (V1-W1) zu erwarten. Hinsichtlich der Gesamtbevölkerung kommt letztere zu nahezu identischen Ergebnissen wie die Variante 4 der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1-W2 liegt dagegen aufgrund der niedrigeren Wanderungsannahmen leicht unterhalb der alten Variante 5.

## 2. „Prognosen sind unsicher – vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen“

Auch für die Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes gilt: jede Prognose ist nur so gut wie die Annahmen, die ihr zugrunde liegen.

Zwar beinhalten Bevölkerungsprognosen im Vergleich etwa mit Prognosen der Konjunktur- bzw. Wirtschaftsentwicklung geringere Unsicherheiten, da ja ein Großteil der zukünftigen Bevölkerung heute bereits geboren ist.<sup>1</sup> Dennoch sind – insbesondere in sehr langfristiger Perspektive – die Zielgenauigkeit und die Zwangsläufigkeit, mit der solche Szenarien in der Öffentlichkeit dargestellt werden, kritisch zu beurteilen.

Die Einschätzung solcher Vorausberechnungen darf daher nicht unreflektiert geschehen, sondern muss die Fundiertheit der Annahmen hinsichtlich Geburtenentwicklung, Lebenserwartung und Zuwanderung berücksichtigen. Das Statistische Bundesamt betont selbst: „Die Bevölkerungsfortschreibungen sind keine Prognosen, welche die Zukunft vorhersagen. Ihr Ziel ist es, mit Fortschreibungsverfahren aufzuzeigen, wie sich Bevölkerungszahl und -struktur unter bestimmten Voraussetzungen langfristig entwickeln würden“ (Statistisches Bundesamt 2003: 9). Vereinfacht gesprochen handelt es sich bei den Bevölkerungsvorausberechnungen um „was wäre, wenn“-Aussagen, hinter denen bestimmte (mehr oder weniger realistische) Annahmen stecken.

Dies ist an sich noch unproblematisch, da Bevölkerungsvorausschätzungen grundsätzlich zwei methodische Ansätze und damit auch inhaltliche Zwecke verfolgen: auf der einen Seite solche, die eine möglichst genaue „Vorhersage“ der Bevölkerungszahl zu einem zukünftigen Zeitpunkt anstreben, zum anderen solche Vorausschätzungen mit Modellcharakter, die eher „wenn-dann“-Aussagen treffen (vgl. BiB 2002). Gerade letztere haben durchaus ihre Berechtigung, wenn man die Auswirkungen veränderter Rahmenbedingungen abschätzen will. Problematisch wird es allerdings, wenn diese Trennung in der Art und Verwendung der Vorausschätzungen nicht deutlich wird, und insbesondere, wenn Extremvarianten aus den Annahmebündeln ohne weitere Hinweise für politische Aussagen missbraucht werden. Gerade die Vielzahl der veröffentlichten Varianten – neun Varianten bei der 10., zwölf Varianten plus drei Modellrechnungen bei der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung – macht in der praktischen Arbeit zumindest eine Vorauswahl von zentralen Varianten notwendig. Dass allerdings die Auswahl einer Variante einer Begründung bedarf, sollte jedem Nutzer solcher Vorausberechnungen klar sein. Das Problem ist letztendlich, dass Politik (und Medien) keine Alternativen oder Brandbreiten wollen – weil so etwas angeblich für das breite Publikum zu kompliziert wäre.

Ein weiterer Kritikpunkt, der bei Bevölkerungsvorausberechnungen angesprochen werden muss, ist die Langfristigkeit der getroffenen Aussagen. Das Statistische Bundesamt schreibt hierzu wiederum: „Da der Verlauf der maßgeblichen

---

1 Infolgedessen lassen sich demographische Vorausberechnungen zehn bis zwanzig Jahre im Voraus mit relativ geringer Prognoseunsicherheit durchführen (vgl. Birg 2003: 6). Gleichermaßen gilt, dass solche Berechnungen um so unsicherer werden, je kleinräumiger sie angelegt sind.

Darstellung 3: Annahmen verschiedener Bevölkerungsvorausberechnungen

	Geburtenhäufigkeit	Lebenserwartung bei Geburt im Jahr 2050			Wanderungssaldo pro Jahr	
					Ausländer/innen	Deutsche
<b>Stat. Bundesamt 2000 (9. koBVB)</b>	konstant: 1,4*	Basisannahme M: 78,1 F: 84,5	Alternativannahme: M: 80,1 F: 86,4	100.000	Abbau des Wanderungsüberschusses von jährlich 80.000	
				200.000		
<b>Stat. Bundesamt 2003 (10.koBVB)</b>	konstant 1,4*	L1 M: 78,9 F: 85,7	L2 M: 81,1 F: 86,6	L3 M: 82,6 F: 88,1	100.000	Abbau des Wanderungsüberschusses bis Null im Jahr 2040
					200.000	
					300.000	
<b>Stat. Bundesamt 2006 (11.koBVB)</b>	konstant 1,4*	Basisannahme M: 83,5 F: 88,0	Hoher Anstieg M: 85,4 F: 89,8	100.000		
	fallend, bis 2050 auf 1,2					
	steigend, ab 2025 bei 1,6			200.000		
<b>DIW 2004</b>	konstant 1,35	Variante A M: 83,4 F: 86,8	Variante B M: 85,3 F: 88,2	Variante I: 220.000 Variante II: 270.000		
<b>IAB 2005</b>	Konstant: 1,38**	M: 80,8 F: 86,1		Insgesamt sechs Varianten: 0, 100.000, 200.000, 300.000, 400.000, 500.000		
<b>EUROSTAT 2005</b>	Basisvariante: 1,45	M: 82,0 F: 86,9		ca. 190.000		
	Niedrige Variante: sinkend, ab 2015 bei 1,25	M: 80,5 F: 85,6		ca. 90.000		
	Hohe Variante: steigend, ab 2025 bei 1,75	M: 83,8 F: 88,3		ca. 300.000		
<b>UN 2004</b>	konstant: 1,32	M: 80,9 F: 86,5		200.000		
	Niedrige Variante: bis 2020 Rückgang auf 1,0. Wiederanstieg bis 2050 auf 1,35					
	Mittlere Variante: Bis 2050 steigend auf 1,85					
	Hohe Variante: Bis 2050 steigend auf 2,35					

\*) Angleichung der neuen Bundesländer bis 2010 \*\*) Angleichung der neuen Bundesländer bis 2017

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Statistisches Bundesamt 2000, 2003, 2006

Einflussgrößen mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt immer schwerer vorhersehbar ist, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter“ (Statistisches Bundesamt 2003: 9). Schließlich verdeutlicht ein einfaches Beispiel (vgl. dazu auch Bosbach 2004; Butterwege 2006), mit welchen Unsicherheiten eine Bevölkerungsvorausberechnung über den Zeitraum von 50 Jahren behaftet ist: So hätte eine zur Mitte des letzten Jahrhunderts angefertigte Berechnung für eine halbwegs treffsichere Prognose Ereignisse und Entwicklungen wie den Baby-Boom, den Geburtenrückgang der 70er Jahre („Pillenknicke“), das Ende des Ost-West-Konflikts sowie die deutsche Wiedervereinigung und nicht zuletzt diverse Konfliktherde und Bürgerkriege vorhersehen müssen – von Bevölkerungsvorausberechnungen bis ins Jahr 2100 (vgl. etwa Birg 2003) ganz zu schweigen.

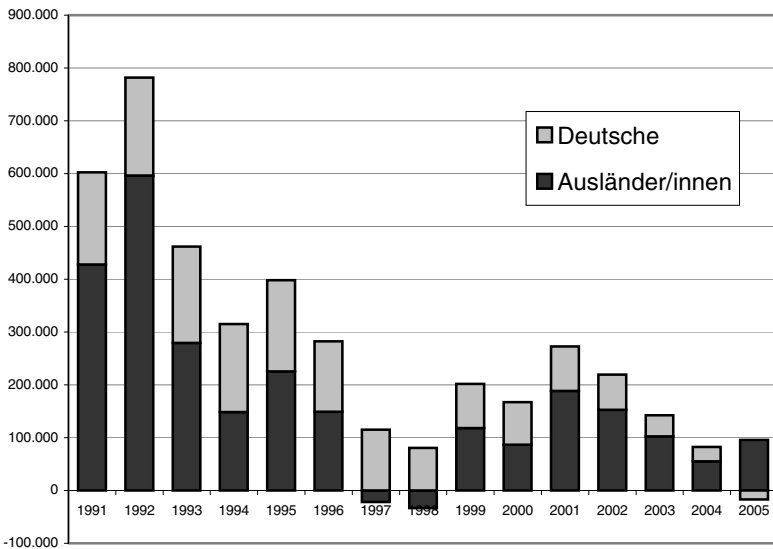
Entscheidend im Umgang mit den Bevölkerungsvorausberechnungen ist, wie bereits angesprochen, die Frage, mit welcher Variante bzw. welchen Grundannahmen gearbeitet wird. Dementsprechend sollen die den Alternativrechnungen zugrunde liegenden Annahmen zu a) Lebenserwartung, b) Geburtenhäufigkeit und c) Wanderungen im Folgenden anhand vorliegender Berechnungen genauer diskutiert werden.

Im Vergleich zur 10. sind die Annahmen zur Entwicklung der *Lebenserwartung* in der neuen, 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen noch einmal deutlich höher angesetzt. Die Basisannahme (L1) letzterer liegt mit einer Lebenserwartung von 83,5 Jahren (Männer) bzw. 88,0 Jahren (Frauen) ein gutes Stück höher als die mittlere Annahme der 10. Berechnung (Männer: 81,1 Jahre, Frauen: 86,6 Jahre). Gegenüber der Lebenserwartung bei Geburt der Jahre 2002/2004 würde die Basisvariante der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung einen Anstieg um 7,6 Jahre (Männer) bzw. 6,5 Jahre (Frauen) bedeuten. Die hohe Annahmevariante zur Lebenserwartung (L2) leitet sich dabei aus der langfristigen Trendentwicklung ab und entspricht auch nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2006) eher einer Obergrenze.

Solche Varianten der Lebenserwartung haben z.B. in Bezug auf die arbeitsmarktrelevante Altersgruppe der 15- bis 64jährigen nur geringe Auswirkungen (s.u.). Gleichwohl müssen aus unserer Sicht einige Faktoren bedacht werden, die zwar nicht für eine sinkende, aber zumindest doch gegen die Vermutung einer solch ungebremst steigenden Lebenserwartung sprechen. In diesem Zusammenhang ist nicht nur an unvorhersehbare Ereignisse wie Epidemien, Kriege und Naturkatastrophen (vgl. Schnabel u.a. 2005) zu denken. Naheliegender ist vielmehr der Einfluss gesellschaftlicher Entwicklungen wie Sparmaßnahmen im Gesundheitssystem, zunehmende soziale Polarisierung sowie nicht zuletzt die unverändert hohen, vor allem durch die grassierende Leistungsverdichtung zunehmenden Belastungen in der Arbeitswelt (wie auch die längere und stärkere Erwerbsintegration).

Die in der alten wie in der neuen Bevölkerungsvorausberechnung verwendete

Darstellung 4: Wanderungen über die Grenzen Deutschlands 1993 bis 2005



Quelle: INIFES, eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2006.

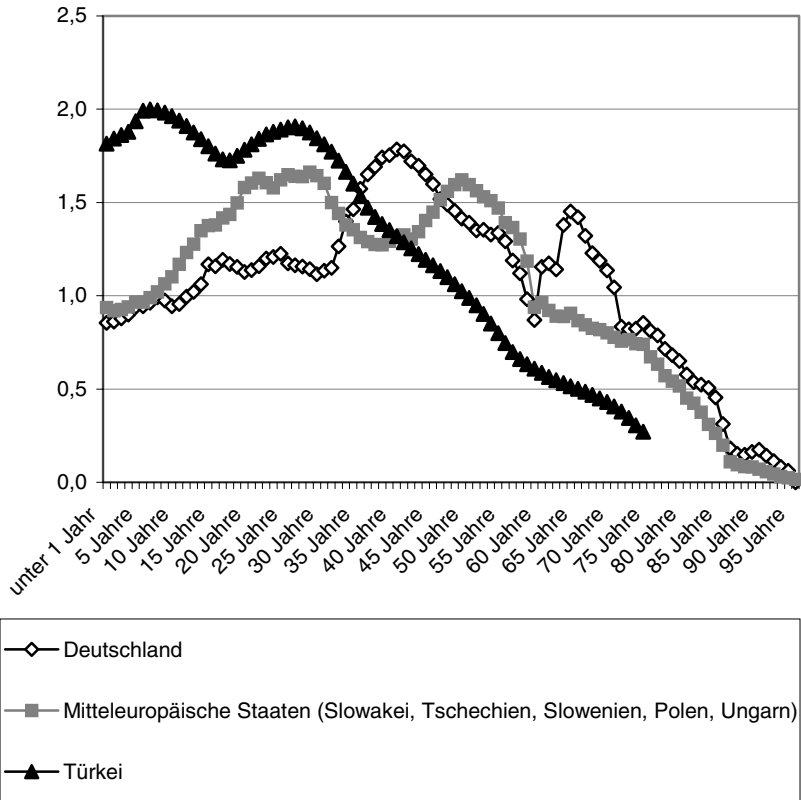
Annahme zur *Geburtenhäufigkeit* von knapp 1,4 Kindern je Frau entspricht zunächst einmal dem langfristigen Durchschnitt der letzten zehn, ja zwanzig Jahre. Somit lässt es sich weder aus einer Trendentwicklung noch auch aus politischen Reformen im Bereich der Familienpolitik begründen, von dieser Status quo-Annahme – als mittlerer Variante<sup>2</sup> – abzuweichen. Dass die Geburtenhäufigkeit sehr wohl einer Steuerung der politischen Rahmenbedingungen unterliegt, zeigt das vielzitierte Beispiel Frankreichs, dem vor allem mit einem Ausbau der Betreuungseinrichtungen eine deutliche Steigerung der Geburtenrate gelang. Abgesehen davon, dass in Deutschland nach wie vor die finanzielle Seite der Familienpolitik im Vordergrund steht, ist hierzulande bisher keine nennenswerte Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots absehbar.

Um einiges schwieriger vorherzusehen – auch da kurzfristig viel volatil (vgl. z.B. Bartelheimer 2005) – stellt sich die Diskussion der zukünftigen *Zuwanderungsentwicklung* dar. Im Zeitraum zwischen 1991 und 2005 betrug die durch-

2 Das bedeutet nicht, dass es nicht legitim wäre, sich in Untersuchungen zum Thema Geburtenverhalten, Familienpolitik etc. mit Szenarien auseinanderzusetzen, die aufzeigen, welche Entwicklungen bzw. Folgen sich bei einer anderen Geburtenziffer ergeben würden. Natürlich ist auch die Geburtenziffer langfristig kein Fixum. Problematisch ist es dagegen, in kurz- und mittelfristigen Untersuchungen zu anderen Themen-/Politikfeldern, etwa zur Arbeitsmarktentwicklung, von Szenarien mit ganz anderen (extremen) Geburtenziffern auszugehen – und diese dann politisch bzw. medial auszuschlachten.



Darstellung 5: Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland, den mittelosteuropäischen neuen EU-Mitgliedsstaaten und der Türkei\*, Anfang 2005 (Angaben in Prozent)



\*) keine Angaben für die Bevölkerung über 75 Jahren für die Türkei

Quelle: EUROSTAT 2006

schnittliche jährliche Nettozuwanderung von Ausländern etwa 275.000 Personen pro Jahr, hinzu kamen noch jährlich etwa 100.000 Zugewanderte mit deutscher Staatsangehörigkeit (vgl. Darstellung 4); die kurzfristigen Schwankungsraten waren allerdings in diesem Zeitraum recht hoch. Ebenso wie in der Vergangenheit beruhen die Wanderungsannahmen auch in der neuen 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung auf einer Trendfortschreibung, die sich auf einen relativ kurzen Stützzeitraum bezieht. Wie sich die Zuwanderung zukünftig entwickeln wird, hängt allerdings entscheidend auch von der politischen Gestaltung ab, die einstweilen kaum absehbar ist.

Als wesentlicher Bestimmungsfaktor ist zudem vor allem die künftige politische und gesellschaftliche Entwicklung in den afrikanischen bzw. arabischen Ländern zu sehen, deren quantifizierte Prognose in jedem Fall der Kaffeesatzleserei gleichkommen würde. Dass der Zuwanderungsdruck von dort weiter steigen wird, ist allerdings zumindest plausibel. Neben solchen schwer vorhersehbaren globalen Rahmenbedingungen stellt aber auch die Bevölkerungsentwicklung und -struktur in den „naheliegenden“ potentiellen Herkunftsländern einen wesentlichen Faktor des Zuwanderungsdrucks dar. Hierzu zählen mittelfristig auch die neuen EU-Länder, vor allem nach 2011 (vollständige Freizügigkeit). Mittelfristig ist dort ein „zweiter Babyboom“ von heute ca. 20- bis 30-Jährigen zu beachten. Langfristig, also bei den ganz Jungen, gibt es in den meisten Beitrittsländern dagegen nur sehr schwach besetzte Jahrgänge (vgl. Darstellung 5). Ein als sicher anzusehender Trend wird diesbezüglich die bis 2050 weiter stark wachsende Bevölkerung in den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers sein. Im Vergleich zum Jahr 1998 wird laut Herwig Birg die Bevölkerungszahl in diesen Ländern von 236 Mio. auf 394 Mio. steigen, darunter vor allem in der Türkei (von 55,5 Mio. im Jahr 2000 auf 100,7 Mio. im Jahr 2050) und in Ägypten (von 68,5 Mio. auf 114,8 Mio.) (vgl. Birg 2003: 9). Infolge dieser demographisch bedingten Erhöhung des Wanderungsdrucks könnte – in Abhängigkeit von den politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen – eine steigende Zuwanderung entstehen. „Vor diesem Hintergrund könnte sogar die höchste Variante des hier zugrunde gelegten Wanderungssaldos (300 Tsd.) von der tatsächlichen Entwicklung übertroffen werden“ (Birg 2003: 9). Ebenso sind aus Sicht des Statistischen Bundesamtes „höhere Wanderungssalden denkbar, wenn es zum Beispiel mit der Einführung der Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt und dem spürbar werdenden Rückgang der jungen Menschen in Deutschland sowie der fortschreitenden Integration zu einer veränderten Einstellung zur Zuwanderung kommen sollte“ (Statistisches Bundesamt 2006: 28).

Angesichts der geschilderten zukünftigen Trends und der auch im „Referenzzeitraum“ stark schwankenden Salden (zugegebenermaßen ein Sonderzeitraum, aber gerade deshalb nicht unproblematisch als Grundlage für die längerfristige Trendfortschreibung) scheint u.E. ein Saldo von 200.000 realistischer als 100.000 – und ist jedenfalls keineswegs als Obergrenze eines Korridors zu sehen. Schließlich lag auch in den Jahren 1999 bis 2002 die jährliche Nettozuwanderung um und über 200.000 Personen – und dies noch ohne die Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten. Nur schwer nachvollziehbar ist daher, wieso in der jüngsten Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes nicht zumindest eine Variante mit einem Wanderungssaldo von 300.000 gerechnet wurde, wie es auch in der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der Fall war.

Trotz aller Kritik an langfristigen Bevölkerungsvorausberechnungen muss das Zwischenfazit lauten: Bevölkerungsvorausberechnungen sind unter Beachtung

ihrer Unsicherheiten notwendig, um zukünftigen Herausforderungen der demographischen Entwicklung rechtzeitig begegnen zu können. In der Hauptsache gilt die Kritik nicht der Berechnung solcher Prognosen, sondern deren Darstellung bzw. Missbrauch und Wahrnehmung in der Öffentlichkeit – bzw. deren Instrumentalisierung in Debatten zu ganz anderen gesellschaftspolitischen Themenfeldern wie etwa der Arbeitsmarktpolitik.

### 3. Veränderung des Erwerbspersonenpotenzials und die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Welche Konsequenzen sind, bei allen Unsicherheiten, aus diesen skizzierten demographischen Entwicklungen für das künftige Angebot an Arbeitskräften bzw. für die Arbeitsmarktbilanz in den nächsten Jahrzehnten zu erwarten? Mit dieser Frage ist einer der wichtigsten Bereiche demographischer Mythenbildung und des Missbrauchs demographischer Vorausberechnungen angesprochen, da hiermit zentrale gesellschaftliche Interessengegensätze und unmittelbare Forderungen an die Politik verbunden sind. Zudem fehlen für die Diskussion dieser Effekte vergleichbare historische Vorbilder.<sup>3</sup> Bevor im Folgenden auf vorliegende Berechnungen und Prognosen des künftigen Arbeitsangebots eingegangen wird, müssen zunächst einige grundsätzlichere Punkte angemerkt werden.

#### 3.1 Einige generelle Anmerkungen

Die erste dieser Anmerkungen betrifft den angesprochenen Aspekt der Mythenbildung. Gerade im Hinblick auf die künftige Entwicklung des Arbeitsangebots ist eine gezielte Instrumentalisierung des demographischen Wandels durch die Arbeitgeberverbände und ihnen nahe stehende Quellen zu beobachten (vgl. dazu ausführlich Kistler 2006: 39ff.). Dabei wird unter Verwendung derjenigen extremen Szenarien aus den Bevölkerungsvorausberechnungen, die auf eine besonders stark und schnell schrumpfende (Erwerbs-)Bevölkerung hinauslaufen, eine schon sehr bald eintretende „demographische Wende am Arbeitsmarkt“ beschworen. Aus vereinzelt auftretenden Problemen bei Stellenbesetzungen wird ein bereits bestehender verbreiteter Fachkräftemangel konstruiert, der sodann zu einem bald eintretenden generellen Arbeitskräftemangel hochstilisiert wird. Ein besonders extremes Beispiel hierfür sind die irrealen Zukunftsperspektiven, die die Hartz-Kommission diesbezüglich skizziert: „Bis zum Jahr 2015 fehlen nach Schätzungen im ungünstigsten Fall rund 7 Millionen Erwerbspersonen, wenn man von einem Anstieg des Arbeitskräftebedarfs

---

3 Hier gilt wohl auch der generelle Zweifel der großen amerikanischen Ökonomin Joan Robinson, wonach es unmöglich ist, allein aus historischen Vergleichen irgendeine generalisierende Aussage über den Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und wirtschaftlicher Entwicklung abzuleiten (vgl. Kelley 1972: 9).

von knapp 3 Millionen ausgeht“ (Hartz-Kommission 2002: 118). Woher letzterer kommen soll und ob dabei sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gemeint sind, bleibt dabei völlig offen. In jedem Fall ist bei einer solchen Aussage auf die enge Affinität des Themas zu unternehmerischen Interessenlagen zu verweisen: Nichts fürchten die Arbeitgeber so sehr wie eine Vollbeschäftigungssituation oder auch nur die langfristige Möglichkeit einer Arbeitskräfteverknappung, sei sie auch noch so unwahrscheinlich. Wenn dadurch die öffentliche Debatte noch mehr auf das völlig überzogene und allenfalls sehr langfristig – wenn überhaupt jemals – Relevanz gewinnende Thema Arbeitskräftemangel statt auf das reale Phänomen der persistierenden Massenarbeitslosigkeit gelenkt wird, wie es in Deutschland seit längerem der Fall ist, so verschieben sich in der Folge auch die Gewichte in der (Arbeitsmarkt-) Politik.

Zweitens ist anzumerken, dass sich das Arbeitskräfteangebot nicht nur aus der demographischen Entwicklung ableitet (welche sich auf mittlere Sicht zumindest noch, wie oben gezeigt, mit einiger Sicherheit vorausberechnen lässt), sondern auch unmittelbar von der künftigen Nachfrage nach Arbeitskräften abhängt. Angesichts der häufigen Irrtümer der Konjunkturprognosen auf mittlere und selbst kürzere Zeitdistanz ist es daher schon recht gewagt, das Erwerbspersonenpotenzial bis 2040 oder darüber hinaus zu prognostizieren. Langfristige Projektionen sogar der Arbeitsmarktbilanz ernsthaft als „Prognosen“ zu behandeln, hat insofern schon recht viel von Sterndeuterei an sich.

Die dritte Anmerkung bezieht sich genereller auf die Problematik der Vorhersagbarkeit der künftigen Entwicklung von Wachstum und Arbeitskräftenachfrage. Obwohl die „Zukunft der Arbeit“ – eine u.E. weiterhin offene Frage – in Zeiten der Globalisierung und des Übergewichts der Finanzmärkte (mit ihren immer weniger kalkulierbaren Risiken) schon gar nicht vorhergesagt werden kann, ist in jedem Fall der langfristig sinkende Trend des Arbeitsvolumens zu beachten. Die Zahl der in Erwerbsarbeit verbrachten Arbeitsstunden ist in Westdeutschland zwischen 1970 und 1991 von 52,3 auf 48,7 und zwischen 1991 und 2005 gesamtdeutsch von 59,8 auf 55,8 Mrd. Stunden zurückgegangen. Trotz gestiegener Bevölkerungszahl und eines moderaten langfristigen realen Wirtschaftswachstums ist (bei wachsender Zahl von Erwerbstätigen) der Produktivitätszuwachs bzw. sind die Rationalisierungseffekte nicht weg zu diskutieren. Ohne die langfristigen kollektiven Arbeitszeitverkürzungen wäre die Arbeitsmarktbilanz jedenfalls noch viel düsterer geworden. Es gibt von der Arbeitsnachfrageseite her, ebenso wie auf der Arbeitsangebotsseite, eine Reihe von Argumenten, die dafür sprechen, dass die nachfolgend vorgestellten Berechnungen zur Entwicklung des Arbeitsangebots eher die Untergrenzen des Wahrscheinlichen markieren – obwohl sie immer auf eher „mittleren“ Annahmen zur demographischen Entwicklung und zur Entwicklung der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten beruhen.

Als solche mittleren Varianten werden demographieseitig im nachstehenden Abschnitt das oben schon diskutierte Szenario 5 der 10. und die Varianten 1-W1 und 1-W2 der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung verwendet. Für die Erwerbsquoten stützen wir uns auf die aktuellen Vorausschätzungen der Prognos AG. Gegenüber den Vorgängerberechnungen für den Verband der Rentenversicherungsträger (vgl. Eitenmüller, Schüssler 2004: 26), die auch fast identisch dem Gutachten der Rürup-Kommission zu Grunde liegen (vgl. BMGS 2003: 57 f.), ergeben sich nur geringfügige Änderungen.<sup>4</sup> Bezogen auf diese insgesamt eher vorsichtigen Kalkulationsgrundlagen teilen wir die von Kaufmann (2005: 32) vorgebrachte Kritik („ungebührlich optimistische Annahmen“) nicht, sondern sehen hierin in der Tat eine realistische Annahme. Im Ergebnis errechnet sich im Übrigen eine Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials, die sehr nahe bei der neuen Prognose des IAB liegt (vgl. Fuchs, Söhnlein 2005).

### *3.2 Das künftige Erwerbspersonenpotenzial*

Auf Grundlage der genannten Annahmen und Daten ergibt sich zunächst für die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5, die in Darstellung 6 nach Bundesländern differenzierte Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials. Hier ist allerdings, vor allem bezogen auf die Werte nach 2030, auf die sich potenzierenden Unsicherheitsmomente solcher langfristiger Vorausberechnungen, noch dazu in regionaler Differenzierung, hinzuweisen. In absoluten Zahlen ausgedrückt wird auf dieser Basis bis 2020 kein Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials in Deutschland stattfinden (2002: 42,35 Mio.; 2020: 42,23 Mio.). Zwischenzeitlich, bis etwa zur Mitte des kommenden Jahrzehnts, steht sogar ein Anstieg bevor. Auch die aktuelle Entwicklung bestätigt das. Trotz eines momentan ganz leichten Bevölkerungsrückgangs (wegen des kurzfristig besonders geringen Nettozuwanderungssaldos) steigt das Erwerbspersonenpotenzial weiterhin recht stark an (vgl. Bach u.a. 2006: 7). Erst nach 2020 ist nach diesen Zahlen ein Rückgang zu erwarten, der aber wohl erst deutlich nach 2030 wirklich spürbar wird und sich rechnerisch auch erst bis 2050 in einer Größenordnung niederschlägt, die der gegenwärtigen Unterbeschäftigung entspricht.

Alle westdeutschen Länder (Ausnahme: Saarland) werden bis 2020 leichte, teils (Hamburg, Bayern und Baden-Württemberg) sogar deutliche Zuwächse erfahren. In Ostdeutschland nimmt das Erwerbspersonenpotenzial schon heute ab

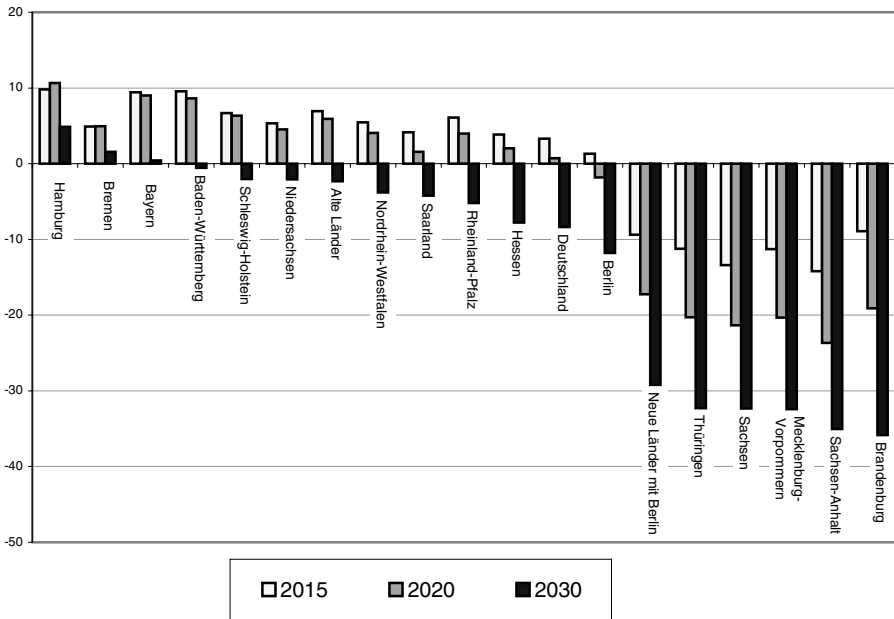
---

4 Dies gilt für alle Altersgruppen mit Ausnahme der 60- bis 64jährigen, für die gegenüber der älteren Variante insbesondere bei den Männern ein deutlich stärkerer Anstieg der Erwerbsquote vorhergesagt wird. Hier spielen mit Sicherheit auch zukünftige Änderungen im Rentenrecht (Rente mit 67) sowie deren Wirkungen i.S. eines verstärkten Arbeitsangebotszwanges eine Rolle.

und würde 2020 um ca. 17 Prozent, im Jahr 2050 sogar um 40 Prozent geringer sein als heute.<sup>5</sup>

Von einem Arbeitskräftemangel, wie ihn die Hartz-Kommission schon kurz- bis mittelfristig erwartet, kann jedoch offenkundig keine Rede sein.

Darstellung 6: *Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotenzials - Veränderungen im Vergleich zum Jahr 2002 (in Prozent)*



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach 10. koordinierter Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5 (Statistisches Bundesamt 2003). Potenzialerwerbsquoten nach Prognos AG

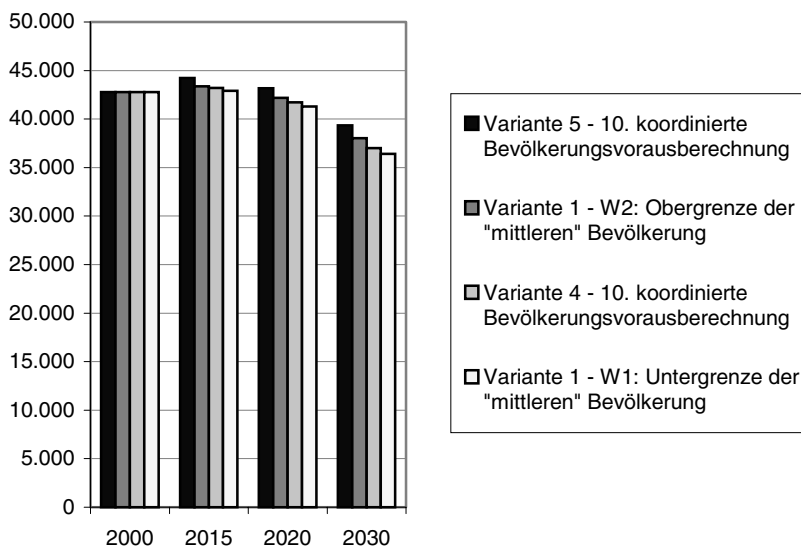
Legt man die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung vom November 2006 zu Grunde, so errechnen sich, wie in Darstellung 7 gezeigt<sup>6</sup>, etwas geringere

5 Zweifellos bedeutet dies eine wahrscheinlich nicht aufzuhaltende Spirale nach unten. Hier aber die inzwischen zu hörende Klage über einen Ansiedlungen behindernden „Fachkräftemangel“ oder gar Arbeitskräftemangel anzustimmen ist u.E. falsch. „Verblühende Landschaften“ kann man nicht mit marktwirtschaftlichen Mitteln und auch nicht durch einen Zustrom an Arbeitskräften zum Blühen bringen; letzteres verdrängt nur die letzten noch verbliebenen Arbeitskräfte. Die Abwanderung aus dem Osten in den Westen erfolgt ja gerade wegen der fehlenden Arbeitsmarktperspektiven.

6 In der Abbildung ist aus Vergleichsgründen auch die Variante 4 der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (mit einer langfristigen Nettozuwanderung wie in der neuen Variante 1-W1 von 100.000 Personen) enthalten.

Werte im Prognosezeitraum; die Unterschiede werden aber erst deutlich nach 2020 in einer Größenordnung vorausgesehen, die am Arbeitsmarkt von Relevanz sein werden. Bis 2020 sind die Unterschiede noch recht gering. Sehr langfristig – bis 2050 – würde bei einer unterstellten nur noch halb so hohen Nettozuwanderung das Erwerbspersonenpotenzial wirklich deutlich geringer ausfallen.

Darstellung 7: Gegenüberstellung „mittlere Variante“ der 10. und 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung – Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotenzials (in Tausend)



Quelle: INIFES, eigene Berechnungen nach 10. koordinierter Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5 (Statistisches Bundesamt 2003). Potenzialerwerbsquoten nach Prognos AG

Dies wirft die Frage auf, wie realistisch die Annahme einer Nettozuwanderung von nur 100.000 Personen auch aus der Arbeitsmarktperspektive wirklich ist. Aus der Geschichte der Zuwanderung können wir lernen, dass ein erheblicher Teil der Migration sehr eng mit der Arbeitsmarktlage zusammenhängt (vgl. Bartelheimer 2005). Die anderen Faktoren, die im letzten Jahrzehnt eine große Rolle spielten (Spätaussiedler, Balkankrieg), werden – hoffentlich – künftig nicht so relevant sein. Von da her ist, wie oben dargelegt, eine schwächere Zuwanderung als im Schnitt der letzten zwanzig Jahre (311.000, vgl. Statistisches Bundesamt 2006: 27) plausibel.<sup>7</sup>

7 Im kurzfristigen Durchschnitt der letzten zehn bzw. fünf Jahre lag die Nettozuwanderung bei jeweils 159.000 Personen. Warum das Statistische Bundesamt in der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung keine dementsprechende Variante mit 150.000 oder 160.000

Andererseits kommt aber hier ein prinzipielles Argument zum Tragen: Würde sich der Arbeitsmarkt tatsächlich in Deutschland auch mittelfristig bessern, es also nicht erneut zu einem stufenweisen Aufbau der Arbeitslosigkeit (bei nur kurzen Zwischenhochs – wie seit dreißig Jahren) kommen, so dürfte es den Unternehmen auch künftig gelingen, die Politik von einer „notwendigen“ arbeitsmarktbedingten Zuwanderung zu überzeugen, selbst wenn noch lange kein wirklicher Bedarf dafür besteht.<sup>8</sup> Die Erfahrung mit der „Greencard“ spricht hier Bände. Dass dabei die Betriebe, die Migranten einstellen, auch künftig die Integrationskosten der Gesellschaft anlasten werden, ist anzunehmen. Es ist auch eine offene Frage, wie sich in Deutschland die ab dem Jahr 2011 geltende vollständige Freizügigkeit in der erweiterten EU auswirken wird. Zu einem erheblichen Teil wird die Arbeitsmarktentwicklung aber auf mittlere und längere Frist vom Umgang der Betriebe mit der dramatisch zunehmenden Zahl Älterer im Erwerbspersonenpotenzial abhängen.

### 3.3 Die Alterung des Erwerbspersonenpotenzials

In der Alterung des Erwerbspersonenpotenzials liegt für die nächsten Jahrzehnte die wirkliche „demographische Herausforderung“. Jetzt schon auf das langfristige – potenzielle – Problem der Schrumpfung abzielen, würde die – gesicherte – mittelfristige Problematik der Altersentwicklung am Arbeitsmarkt nur verschärfen. Wie Darstellung 8 für die beiden alternativen Szenarien einer „mittleren“ Bevölkerungsentwicklung mit einer Nettozuwanderung von 100.000 bzw. 200.000 Personen zeigt, steigen bis 2015 vor allem die Zahl und der Anteil der 45- bis 55-Jährigen, dann vor allem 2020 der Anteil der 55- bis 64-Jährigen im Vergleich zum Jahr 2000 massiv an. Gleichzeitig geht die Zahl der Jungen, vor allem der 25- bis 35-Jährigen, deutlich zurück.<sup>9</sup>

Wie schon in der Vergangenheit (vgl. Rössel u.a. 1999; Ebert u.a. 2007) wird die Alterung des Erwerbspersonenpotenzials etwas langsamer ablaufen als bei der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter<sup>10</sup>, aber sie ist unvermeidlich und beschleunigt sich noch auf einige Zeit. Auch langfristig wird das Angebot an Arbeitskräften zu einem höheren Anteil aus Älteren bestehen.

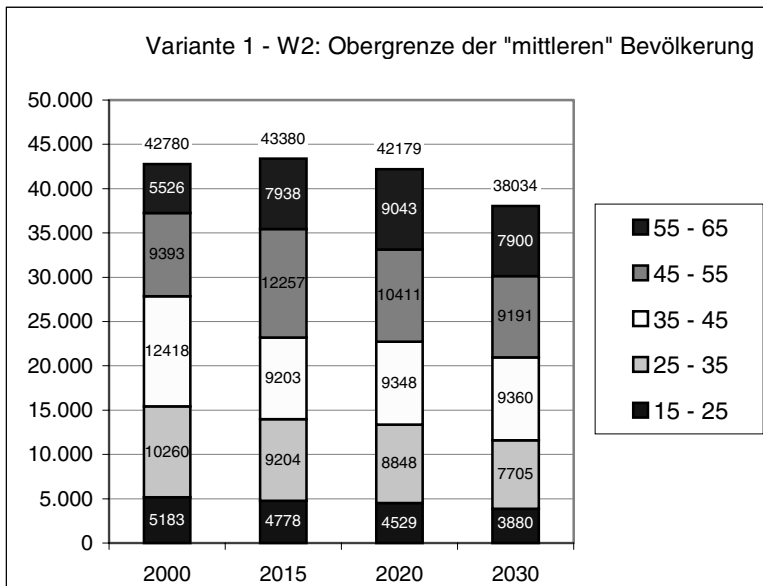
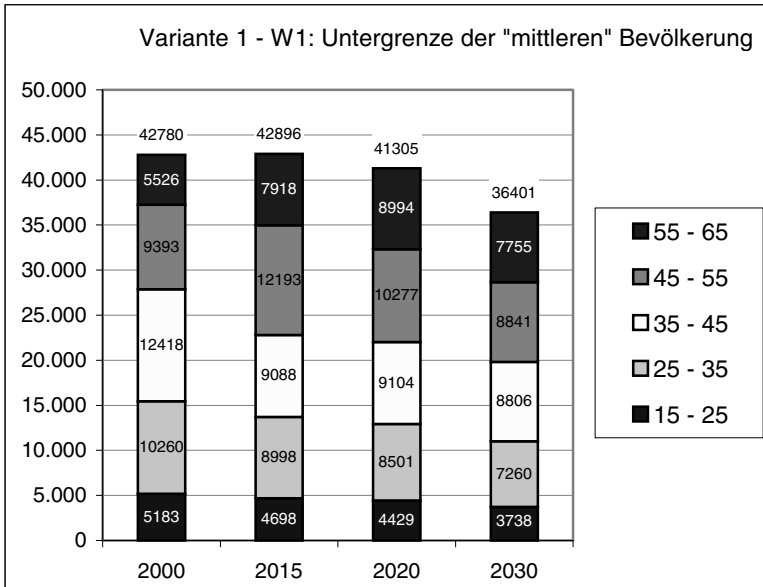
---

Nettozuwanderung gerechnet hat, sei hier dahingestellt. Vielleicht hätten etwas weniger Varianten (zwölf) und Modellrechnungen (drei) der Übersichtlichkeit und öffentlichen Wahrnehmung auch genützt. Auffällig ist jedenfalls, wie sehr sich die Politik und die Medien in ihrer Reaktion auch bei diesem amtlichen Rechenwerk jeweils auf die untere Variante mit einer Nettozuwanderung von nur 100.000 Personen kaprizierten.

- 8 Ein gewisses Maß an schwer zu besetzenden Stellen ist in einer Marktwirtschaft genau so normal und notwendig wie ein gewisses Maß an Sucharbeitslosigkeit.
- 9 Die Entlastung am Ausbildungsstellenmarkt wird in Westdeutschland – bei großen regionalen Unterschieden – erst in der Mitte des nächsten Jahrzehnts zu einer Bewerberzahl unterhalb des Jahres 2000 führen.
- 10 Die Erwerbsquoten der Älteren lassen sich – vor allem unter den gegebenen Arbeitsbedingungen – nicht auf das Niveau der mittleren Altersgruppen anheben.



Darstellung 8: Altersstruktur des Erwerbspersonenpotenzials bei „mittleren“ Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung, Varianten 1-W1 und 1-W2 der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (INIFES, eigene Berechnungen)



Auch bisher ist der Altersdurchschnitt der tatsächlich Erwerbstätigen schon gestiegen. Der große Berg an Babyboomern kommt aber erst jetzt – und in den nächsten zwanzig Jahren in zunehmender Zahl – ins höhere Erwerbsalter. Von 2007 bis 2027 nimmt der Anteil der 55- bis 64-Jährigen deutschlandweit um ein Drittel zu, in manchen Regionen sogar um bis zu Zweidrittel. Der kleinere Berg stark, wenn auch nicht ganz so extrem, besetzter Jahrgänge der um 1939 Geborenen war arbeitsmarktpolitisch nur mit einer ausgeprägten Vorruhestandspolitik und mit gleichzeitig hoher Langzeitarbeitslosigkeit Älterer bewältigt worden. Jetzt soll die noch viel größere Population der Babyboomer unter der Rahmenbedingung eines bevorstehenden Endes der Frühverrentung und ab 2012 mit der „Rente mit 67“ stufenweise noch länger arbeiten. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit schätzt den sich allein aus dieser Maßnahme ergebenden Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen, beginnend mit dem Jahr 2012, auf eine Größenordnung, die bis 2030 auf 1,2 bis über 3 Mio. anwächst (vgl. Fuchs 2006).

Schließlich kann man plausibel annehmen, dass der Arbeitsangebotsdruck auf die Älteren auch darüber hinaus massiv zunehmen wird. Schon die Rentenreformen seit 1992 haben nach den Schonfristen und Übergangszeiten zu einem deutlichen Anstieg des Renteneintrittsalters geführt.<sup>11</sup> Seit 2000/2001 fällt auch das Niveau der Zahlbeträge der durchschnittlichen neuen Versichertenrenten geradezu dramatisch (vgl. Darstellung 9). Viele Arbeitnehmer müssen länger arbeiten, um die ansonsten drohende Altersarmut zu vermeiden (viele andere werden das aber nicht können).

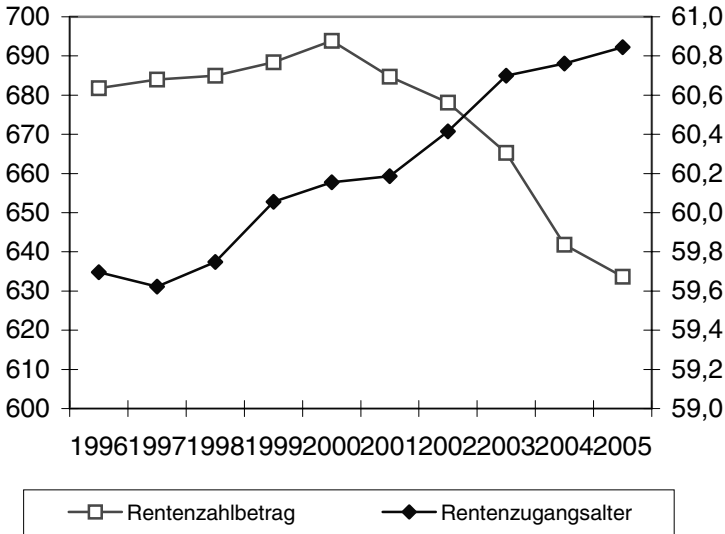
Außer völlig unrealistischen marktliberalen Dogmen spricht nichts dafür, dass durch eine auf diese Weise erzwungene Ausweitung des Arbeitsangebots bei weiterhin bestehender Massenarbeitslosigkeit die in der Europäischen Beschäftigungsstrategie geforderten „mehr und besseren Arbeitsplätze“ entstehen. Es spricht auch nichts dafür, dass sich bei den Betrieben – von löblichen und allseits herumgereichten Beispielen guter Praxis einmal abgesehen – in der Breite schon viel an ihrer wenig demographiefesten Personalpolitik geändert hätte. So äußerten z.B. im IAB-Betriebspanel 2002 rund 15 Prozent der knapp 16.000 repräsentativ befragten Betriebe, dass sie keinesfalls über 50-Jährige einstellen würden, weitere 9 Prozent gaben zu, dass sie das allenfalls tun würden, „wenn keine Jüngeren verfügbar wären“. Im Betriebspanel 2005 wurde ermittelt, dass in Westdeutschland<sup>12</sup> nur 7 Prozent der Neueinstellungen aller Betriebe und öffentlichen Dienststellen sich auf über 50-Jährige bezogen. Damit läuft schon die bisherige Politik der Abschaffung der Frühverrentung, noch mehr aber die „Rente mit 67“, auf ein bloßes Rentenkürzungsprogramm und

---

11 Auch bei einer Betrachtung nach Geburtenjahrgängen findet sich ein deutlicher Anstieg.

12 In Ostdeutschland lag der Wert bei geringerer Absolutzahl bei 14 Prozent – vor allem wegen einer altersgezielteren Förderung des zweiten Arbeitsmarktes.

Darstellung 9: Durchschnittliches Renteneintrittsalter (in Jahren) und durchschnittliche Zahlbeträge der neuen Versichertenrenten (in Euro pro Monat) 1996 bis 2005



Quelle: Eigene Darstellung nach Deutsche Rentenversicherung Bund 2006

eine Wiederkehr der Altersarmut hinaus. Wirklich notwendig, um einen längeren Verbleib im Erwerbsleben zu ermöglichen – also bis an die bisherige Altersgrenze von 65 heran – wären neben einer Beendigung der altersdiskriminierenden Einstellungspolitik der Betriebe präventive Ansätze zur Erhaltung und Förderung der Arbeitsfähigkeit. Dazu gehören – in aller Knappheit und ohne Anspruch auf Vollständigkeit – im Wesentlichen die Handlungsfelder Gesundheit, Kompetenz und Motivation/Führung, womit auch die entsprechenden beschäftigten- wie betriebsseitigen Maßnahmen benannt sind. Wie allerdings auch wieder Ergebnisse aktueller Betriebsbefragungen bestätigen, lässt die Verbreitung solcher Maßnahmen nach wie vor extrem zu wünschen übrig.

#### 4. Fazit

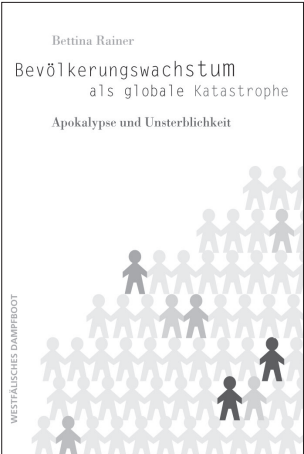
Immer häufiger werden demographische Bevölkerungsvorausberechnungen zur Begründung von scheinbaren politischen Reformzwingen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, aber auch des Arbeitsmarktes herangezogen. Nur exemplarisch für ein Vielzahl von öffentlichen Fehlinformationen sei hier eine Aussage Franz Münteferings erwähnt: „2050 haben wir nicht mehr 39 bis 40 Millionen Menschen im Erwerbsalter, sondern nur noch 24. (...) So ist das.

Das ist die Ausgangslage“ (SZ 7.4.2006). Die im vorliegenden Beitrag geäußerte Kritik am Umgang mit Bevölkerungsvorausrechnungen bestätigt sich hier besonders deutlich: Zum einen weichen die vom Vizekanzler verwendeten Zahlen meilenweit von den realistischen soziodemographischen Szenarien ab; es ist davon auszugehen, dass sich diese Zahlen – ohne weitere Erklärung – aus einer Kombination von Extremvarianten errechnen. Zum anderen wird diese äußerst unwahrscheinliche Entwicklung durch den apodiktischen Nachsatz als unhintergebares Faktum dargestellt. Solche irreführenden Zukunftsszenarien, die unhinterfragt in der Öffentlichkeit kursierend ein „Eigenleben“ entwickeln, werden dann dazu herangezogen, die angebliche Zwangsläufigkeit von politischen Reformen zu begründen. Dabei lenken die Protagonisten, wie hier am Beispiel eines angeblich bald bevorstehenden Mangels an Arbeitskräften gezeigt, von den wirklichen, zu einem guten Teil verteilungspolitischen, Ursachen der Arbeitslosigkeit und der leeren Sozialkassen ab – Ursachen, die nun wirklich nichts mit der Demographie zu tun haben.

## Literatur

- Bach, Hans-Ulrich u.a. (2006): *Die Konjunktur belebt den Arbeitsmarkt 2006*, IAB Kurzbericht Nr. 12, Nürnberg.
- Bartelheimer, Peter (2005): Migration, in: SOFI; IAB; ISF; INIFES (Hrsg.): *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Arbeit und Lebensweisen*. Erster Bericht, Wiesbaden, S. 351-379.
- Birg, Herwig (2003): *Dynamik der demographischen Alterung, Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung in Deutschland*, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/2003, S.6-17.
- Bosbach, Gerd (2004): *Demographische Entwicklung – nicht dramatisieren*, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 2, S. 98-105.
- BiB [Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung] (2002): *Demographische Vorausschätzungen – Grenzen und Möglichkeiten, Methoden und Ziele*. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft Heft 104. Wiesbaden.
- BMGS [Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung] (2003): *Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme*. Bericht der Kommission (Rürup-Kommission), Berlin.
- Butterwegge, Christoph (2006): *Gesellschaftsentwicklung im demographischen Wandel*, in: Sozialmagazin 31 (9), S. 14-27.
- Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.) (2006): *Rentenversicherung in Zeitreihen*, DRV-Schriften Bd. 22, Berlin.
- Ebert, Andreas; Kistler, Ernst; Trischler, Falko (2007): *Ausrangiert – Arbeitsmarktprobleme Älterer in den Regionen*, Düsseldorf (erscheint in der Edition Böckler).
- Eitenmüller, Stefan; Schüssler, Reinhard (2004): *Auswirkungen veränderter Rahmenbedingungen auf die Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung*, DRV Schriften Bd. 49, Frankfurt/M.
- Fuchs, Johann (2006): Rente mit 67. *Neue Herausforderungen für die Beschäftigungspolitik*, IAB Kurzbericht Nr. 16, Nürnberg.
- Fuchs, Johann/Söhnlein, Doris (2005): *Vorausschätzung der Erwerbsbevölkerung bis 2050*. IAB-Forschungsbericht Nr. 16, Nürnberg.
- Hartz-Kommission [Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit] (2002): *Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt*, Berlin.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005): *Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*, Frankfurt am Main.
- Kelley, Allen C. (1972): *Demographic Changes and American Economic Development: Past,*

- Present and Future, in: Elliott R. Morss; Ritchie H. Reed (Hrsg.): *Economic Aspects of Population Change*. The Commission on Population Growth and the American Future, Bd. 2, Washington, D.C., S. 9-48.
- Kistler, Ernst (2006): *Die MethusalemLüge. Wie mit demographischen Mythen Politik gemacht wird*, München.
- Rodenstock, Randolph (2006): *Mit Erfahrung in die Zukunft!* - Ein Konzept der vbw zur Öffnung des Arbeitsmarktes, hekt. Ms., München.
- Rössel, Gottfried; Schaefer, Reinhard; Wahse, Jürgen (1999): *Alterspyramide und Arbeitsmarkt. Zum Alterungsprozeß der Erwerbstätigen in Deutschland*, Frankfurt, New York.
- Schirmacher, Frank (2004): *Das Methusalem-Komplott*, 9. Aufl., München.
- Schnabel, Sabine; von Kistowski, Kristin; Vaupel, James W. (2005): *Immer neue Rekorde und kein Ende in Sicht. Der Blick in die Zukunft lässt Deutschland grauer aussehen als viele erwarten*, in: Demographische Forschung Jahrgang 2, Nr. 2, S. 3.
- Statistisches Bundesamt (2000): *Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050*. Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2003): *Bevölkerung Deutschlands bis zum Jahr 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006): *11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Annahmen und Ergebnisse*, Wiesbaden.



Bettina Rainer  
Bevölkerungswachstum  
als globale Katastrophe  
Apokalypse und Unsterblichkeit

**Bettina Rainer**  
**Bevölkerungswachstum als  
globale Katastrophe**

Apokalypse und Unsterblichkeit  
2005 - 439 Seiten - € 35,00  
ISBN 978-3-89691-582-5

